Nr. 125. Donnerstag am 1. Juni 1865.

Die „Laibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.

Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit der königlich ungarischen Hofkanzlei, so wie mit den betheiligten anderen Ministerien den Herren Dr. Leopold Mayer von Alsó-Rußbach, Raphael von Mayer, Ferdinand Burgett, Ignaz Pfliger, Dr. Sigmund Wehli und Genossen die Errichtung einer Aktiengesellschaft in Wien für die Erwerbung und den Betrieb der Szegediner Exportdampfmühle und der damit in Verbindung stehenden für den Konsum der königlichen Freistadt Szegedin bestimmten Wasserwerke bewilligt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 31. Mai.

Die Nachrichten, welche über den momentanen Stand der verschiedenen „Fragen" in Europa kolportirt werden, sind höchst unverläßlicher Natur; die Konjekturalpolitik treibt wilde Sprossen. Wenn das nun so in Bezug auf Angelegenheiten ist, die uns ziemlich nahe liegen, um wie viel vorsichtiger sind jene Nachrichten aufzunehmen, welche Angelegenheiten betreffen, deren Schauplatz in weiter Ferne gelegen ist. Wir wollen da heute nur Mexiko nennen.

Es ist ein kühnes, ein großartiges Unternehmen, welchem Kaiser Maximilian seine Thatkraft gewidmet hat, und, wie wir es oft ausgesprochen haben, das Gelingen desselben wäre im Interesse der Civilisation, des Fortschrits, nur zu wünschen. Allein es thürmen sich gegenwärtig Schwierigkeiten auf und lassen das Endziel völlig in Frage gestellt sein. Zwar sind die Nachrichten von dort voll Widerspruch, jedoch seit Niederwerfung der Secession in den Vereinigten Staaten hat sich die Situation in dem jungen Kaiserreiche so verändert, daß man geneigt wird, das Schlimmste zu glauben. Die Zustände werden förmlich als unhaltbar geschildert. Einem Schreiben aus London, ddto. Mexiko den 2. Mai, das sich über Lage und Stimmung in Mexiko ergeht, entnehmen wir Folgendes „Es ist hier der Befehl angelangt, die Truppen nicht nach Norden marschiren zu lassen, und die französischen Streitkräfte in der Hauptstadt und deren nächster Umgebung zu konzentriren. Marschall Bazaine, welcher nach Sonora hätte abrücken sollen und sich in der That schon mit einem Theile seiner Truppen in Bewegung gesetzt hatte, bleibt bis auf Weiteres hier und beobachtet über seine weiteren Schritte ein geheimnißvolles Stillschweigen. Mittlerweile wird die eintretende Regenzeit jede Campagne zur Wiedergewinnung von Saltillo und Matamoras vor Dezember unmöglich machen, welche vermöge ihrer Lage an der amerikanischen Grenze der Rekrutirung für Juarez Vorschub leisten. Die Pazifikation hat leider in den letzten Monaten wenig Fortschritte gemacht. Im Jänner stand alles vortrefflich. Die Franzosen waren allerorten erfolgreich und mit dem Falle von Oajaca schien das Schicksal der mexikanischen Republik besiegelt. Kaiser Maximilians hingebende Weise gewann ihm viele Herzen, und je hoffnungsvoller er sich über des Landes Zukunft äußerte, desto mehr gefiel er dem ohnedies aufgeregten Temperamente seiner neuen Unterthanen. Der Kaiser als Mensch ist heute noch beliebt, aber seine Hoffnungen werden von den Wenigsten getheilt und der Haß gegen die Franzosen ist gerade unbeschreiblich. Die geringste Aufmunterung von Seiten der vereinigten Staaten würde im Lande einen so allgemeinen Aufstand hervorzubringen im Stande sein, wie die französischen Befreier sich ihn schwerlich träumen. Viele Offiziere haben davon allerdings eine Ahnung, sie sehnen sich aus ganzer Seele aus dem Lande hinaus."

Ein Wiener Korrespondent der Kreuzzeitung schreibt: „Bezüglich Mexikos kommt mir soeben eine Nachricht zu Ohren, deren Realisirung den napoleonischen Kalkul in Betreff dieses Landes vollständig über den Haufen werfen würde. Auf das bestimmteste kann ich versichern, daß in hiesigen Hofkreisen von der demnächstigen Abreise des Kaisers Maximilian und seiner Rückkehr nach Oesterreich wie von einer ausgemachten Sache gesprochen wird. Vom hiesigen Hofe — wird mir ferner versichert — seien dem Kaiser bereits alle jene Rechte wieder eingeräumt worden, auf die der Erzherzog vor der Annahme der mexikanischen Krone verzichten mußte. Ich muß gestehen, daß mich diese Mittheilungen durchaus nicht überrascht haben. Sie werden es begreiflich finden, daß wir hier bei den mannigfachen Beziehungen zwischen Wien und Mexiko oft Dinge erfahren, denen der Weg in die Oeffentlichkeit verschlossen ist, und besonders in der letzten Zeit sind über die mexikanischen Zustände, namentlich über die Lage des Herrscherpaares, dort so traurige Nachrichten eingelaufen, daß eine Wendung, wie die obige, in eingeweihten Kreisen längst erwartet wurde."

Vielleicht ist es doch noch nicht so weit; bekanntlich unterhandelt Napoleon mit dem Kabinet in Washington wegen Anerkennung Mexiko's nach Abzug der Franzosen. Warten wir erst das Resultat dieser Unterhandlungen ab.

16. Sitzung des Herrenhauses

vom 29. Mai.

(Schluß.)

Graf Rechberg: Nach den vielseitigen Erörterungen, welche der Vertrag erfahren, wolle er nur einige wenige Bemerkungen machen. Er wolle nur die Befürchtungen des Grafen Goës betreffend Kärntens wiederlegen. Er könne diese nicht begreifen, da der Aprilvertrag und der neue Tarif für die Eisenindustrie durchaus nichts Neues schaffe. Im Gegentheile werden der Eisenindustrie in einigen Punkten Vortheile eingeräumt, welche sie im Vertrage von 1853 nicht hatte. Durch den Februarvertrag habe diese Industrie nicht nur nicht gelitten, sondern es sei auch die Ausfuhrziffer stettig gestiegen. Es könne die Ansicht nicht theilen, daß der Vertrag keine Vortheile biete. Dieser sei sogar ein großer Fortschritt gegen 1853. Wir haben freie Ausfuhr für Getreide und Hülsenfrüchte, wir haben bei Mannfakte für die Einfuhr in den Zollverein niedrigere Sätze, was der Industrie nur zu großem Vortheile gereichen kann. Was die Weinproduzenten betrifft, deren Klagen gerechtfertigt sind, so könne er nur bedauern, daß die Regierung nicht erreichte, was sie da anstrebte; aber die Ursachen, welche der Herabsetzung der Weinzölle entgegenstanden, lagen nicht so sehr in Preußen als in dem Widerstande Süddeutschlands, welche gegen eine solche Herabsetzung lebhaft opponirten. So oft ein Staat die Zollgesetzgebung ändern und die Freiheit des Handels anstrebe, erhebe sich lebhafte Opposition. Als Robert Perl in England seine Reform der Zollgesetze einbrachte, stieß er auf ebenso heftige Opposition und doch datire sich von diesem Tage die Blüthe den des Defizits. Dasselbe sah man in Frankreich und Deutschland. Aber bei uns selbst, sehen wir ähnliches. Seit dem Februarvertrage wurde unser Handel, der früher passiv war, aktiv.

Man sagte, wenn wir den Vertrag ablehnen, können wir in Zukunft bessere Bedingungen erhalten. Dies sei wohl nichts als Illusion oder Selbsttäuschung. Wenn man auf die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause blickt, sieht man, welche Schwierigkeiten auch dort der Regierung bei der Annahme dieses Vertrags sich schon entgegenstellen. Man verlangt, Oesterreich soll autonom vorgehen.

Er könne sich nicht vorstellen, wie man sich dies denke. Bei der geographischen Lage Oesterreichs und der Natur seiner Grenzen hätte Oesterreich keine Wahl. Er könne den Schutzzoll nicht aufrechterhalten und müsse den Fortschritten folgen, welche andere machen. Zölle sind nur so lange nothwendig, als sie die Schmuggelprämie nicht übersteigen, sagte der verstorbene Präsident des Staatsraths Baron Kübeck. Er könne aus seiner Erfahrung dies bestätigen, sagt Redner und schildert, wie von Frankfurt nach Frankreich trotz der sorgfältigsten Grenzüberwachung ungeheuere Waarenmengen geschmuggelt wurden. So lange der Schmuggel sich rentirt, könne die Regierung demselben nicht steuern und wenn sie noch so viele Millionen für Grenzüberwachung ausgibt. Der Vertrag sichere Oesterreich gegen derartigen Schaden.

Preußen und der Zollverein haben kein Interesse an dem Zollkartel, sie haben ungleich weniger von dem Schmuggel zu fürchten als Oesterreich. — Wird der Vertrag abgelehnt, so wird Oesterreich kommerziell isolirt. Das Zwischenland des Zollvereins trennt es von dem Westen und es werde unmöglich, mit den Westmächten einen Vertrag abschließen zu können, wenn schon dieser Vertrag abgelehnt wird. Kein Land sei so mächtig, so reich, um sich ungestraft kommerziell zu isoliren, geht auch die Industrie nicht zu Grunde, so ist es doch bei dem Ackerbau und den Finanzen um so sicherer der Fall. — Er empfehle daher die Annahme (Bravo!)

Finanzminister v. Plener schickt seiner Erklärung die Bemerkung voraus, daß alle jene Gegenstände, welche nicht in dem Zolltarife, welche dem Vertrage beigegeben ist, erwähnt sind, durchaus nicht von dem Vertrage berührt werden, und daß bei diesem es der Gesetzgebung noch freistehe, denjenigen Satz zu fixiren, welcher ihr konvenirt. Die Seide, welcher Fürst Salm erwähnte, komme in diesem Tarife nicht vor, es sei daher für Seide nichts präjudizirt. Dasselbe Verhältniß herrsche auch bei Zucker. Alle Beschwerden, welche gegen den Vertrag bei diesem 2. Artikel laut wurden, seien nicht begründet und beruhen auf Unkenntniß des Vertrages. Bei dem Eisen mache sich ein doppelter Standpunkt geltend; erstens bezüglich der Zollsätze, welche Eisen zu zahlen hat, wenn es in Oesterreich eingeführt werden soll, und bezüglich jener, welche den Export aus Oesterreich und den Import in den Zollverein belasten. Bezüglich der Einfuhr nach Oesterreich werden in Zukunft höhere Zölle bestehen als in Preußen, das inländische Eisen genieße dadurch einen Schutz. Der Minister weist dieß ziffermäßig nach. Andererseits werde aber auch Eisen, das aus Oesterreich nach dem Zollverein geht, einen geringeren Zoll zahlen als das Eisen, welches aus dem Zollverein ausgeführt wird. Die Eisenindustrie hätte also demgemäß gar keinen Grund über den Vertrag zu klagen. Bezüglich des Bleies sei allerdings der Einfuhrszoll aus dem Zollverein nach Oesterreich herabgesetzt worden, es war dieß eine Konzession, der man sich nicht entziehen konnte, Oesterreich aber habe von dieser nichts zu fürchten. Was die Steinkohle betrifft, so sei sie auch nicht Gegenstand des Vertrages, Oesterreich habe das Recht, sie mit einem Einfuhrszoll zu belegen, aber er gebe zu bedenken, welche Folgen dieß für unsere Industrie hätte. Auf das Appreturverfahren übergehend, bemerkt der Minister, daß die Vollzugsvorschriften genügenden Schutz gegen Mißbrauch gewähren, um Oesterreich zu schützen, es sei also nicht zu besorgen, daß das Appreturverfahren eine allzugroße Ausdehnung erhalten werde. Das Appreturverfahren, welches sich übrigens nur auf den Grenzverkehr beschränkt, sei übrigens nicht neu, es bestand schon früher, selbst bezüglich der Druckwaaren und der Vertrag garantire nur die Fortdauer. Es sei dieß übrigens ein unabweisliches Bedürfniß für die Bewohner der Grenze, und schon deßhalb mußte es zu

einem Vertragspunkte gemacht werden. Bei dem Verkehr mit Leinenwaaren sei die Grenzverkehrserleichterung eine Lebensfrage für den Grenzverkehr, welcher ohne dieselbe ganz aufhören müßte. Diesem Verkehre liege eine Konvention vom Jahre 1847 zu Grunde, welche in dem Februarvertrage aufgenommen und in dem Aprilvertrag weiter gesichert wurde. Wäre dieß nicht erfolgt, so hätte der andere Paciscent uns jetzt den Vertrag kündigen können und der Grenzverkehr wäre ruinirt gewesen. Dem Vorwurfe der Hast und Ueberstürzung hält der Minister entgegen, daß die Handels- und Gewerbekammer sich für die meisten Sätze des revidirten Tarifs ausgesprochen habe und daß von diesem bei dem Abschlusse des Vertrages ausgegangen wurde.

Aus dem Tarife weist der Minister weiter nach, daß bei allen für Oesterreich wichtigen Manufakte Oesterreich besser gestellt sei als der Zollverein, und der Minister zeigt dann die Wichtigkeit des Zollkartels vom finanziellen Standpunkte und bemerkt betreffs des Weinzolles, daß es wohl der Regierung erwünscht gewesen wäre, bessere Bedingungen zu erhalten, was aber nicht möglich war. Dieß schließe aber nicht aus, daß es der Regierung nicht gelinge, im Wege eines Vertrages später doch günstigere Zollsätze zu erzielen, da diese Frage offen blieb. Die Bemerkung, als sei der Vertrag freihändlerisch, sei nicht gerechtfertigt, er ist eben nur ein ermäßigter Schutz und der Uebergang für die Zukunft. Der Minister schließt, indem er dem Hause empfiehlt, den Vertrag anzunehmen.

Graf Leo Thun: Der Herr Vorredner habe eine Art Programm aufgestellt, indem er sagte, die Regierung wurde von zwei Gedanken geleitet, Schutz der Industrie und Anschluß an Deutschland. Dieß scheint ihm schwer vereinbar, denn nur Unterwerfung unter dem Zollverein hätte zum engen Anschluß führen können. Man nennt den Vertrag ein festes Tau, wenn es der Regierung nicht gelang, an dem Taue des Februarvertrages uns in den Zollverein zu ziehen, so sei das Tau an sich selbst nichts werth. Der Art. 25 habe keine Bedeutung, ein ähnlicher Artikel im Februarvertrage habe die preußische Regierung nicht abhalten können, den französisch-preußischen Vertrag abzuschließen, welcher die Fortsetzung des Februarvertrages an und für sich unmöglich machte. Redner versichert widerholt, daß er sich mit diesen Angelegenheiten nie befaßte und daß bloß der Umstand, daß er ein Votum abzugeben habe, ihn veranlasse, darüber zu sprechen. Er findet die herrschende Aufregung nicht gerechtfertigt, wenn es ihn auch nicht wundern kann, daß Einzelne Befürchtungen hegen. Die Nachtheile, welche der Vertrag für die Industrie haben kann, sind nicht Nachtheile, welche aus dem Vertrage hervorgehen, sondern die Folgen des französisch-preußischen Vertrages. Der Vertrag selbst enthalte nichts Schädliches; es habe übrigens Niemand dieß behauptet. Man könne also nur die Frage ventiliren, ob man später Besseres hätte erlangen können, wenn man den Vertrag nicht abgeschlossen hätte. — Redner negirt dieß und spricht sich für die Annahme des Vertrages aus. Den Rufen, daß Preußen alle Vortheile habe, Oesterreich keine, setze er entgegen, daß das preußische Abgeordnetenhaus sagte, Preußen habe keine, Oesterreich alle. Daraus gehe hervor, daß, wie es in der Natur eines Vertrages liegt, auf jeder Seite einige Vortheile liegen müssen. Er wünsche, es möge die Regierung an dem schwachen Faden des Art. 25 uns in den Zollverein führen, wenn es ihr an dem Taue des Februarvertrages nicht gelang. Jedenfalls empfehle er die Annahme des Vertrages (Bravo!)

Der Berichterstatter empfiehlt in seinem Schlußworte nochmals die Annahme und tritt namentlich den Ausführungen des Grafen Wickenburg entgegen.

Es wird hierauf eine Zuschrift des Präsidiums des Abgeordnetenhauses verlesen, mit welcher dem Herrenhause das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Steuerfreiheit im Ascher Lehensgebiete zur verfassungsmäßigen Behandlung übermittelt wird.

Präsident beantragt zur Vorberathung des Gegenstandes eine Kommission von 7 Mitgliedern aus dem Hause zu wählen.

Wird angenommen und sogleich zur Wahl geschritten. — Es wurden gewählt: Graf Kuefstein, Graf Leo Thun, Freiherr v. Krauß, Freiherr von Lichtenfels, Fürst Adolf Schwarzenberg, Fürst Hugo Taxis und FZM. Graf Thurn.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

71. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 30. Mai.

Auf der Ministerbank: Lasser, Hein, Sektionschef v. Kalchberg, Ministerialrath Schmidt (Handelsministerium), Ministerialrath Rosner (Finanzministerium).

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe kommt eine Zuschrift des Ministers des Aeußern zur Verlesung, mit welcher die Resultate derjenigen Verfügungen mitgetheilt werden, welche in Folge der bei Berathung des Budgets 1862 in Bezug auf das Konsularwesen ausgesprochenen Wünsche getroffen wurden und zugleich eine aus denselben sich als nothwendig ergebender Kredit von 24.900 fl. für 1866 nachträglich angesprochen wird.

Der Leiter des Handelsministeriums legt mittelst Zuschrift die Konzession der Kaschau-Oderberger Bahn zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Abg. Mende und Genossen interpelliren abermals den Leiter des Handelsministeriums dahin, ob derselbe noch im Laufe dieser Session die Vorlage in Bezug auf die Wien-Budweis-Pilsener Bahn im Abgeordnetenhause einzubringen gedenke.

Minister Ritter v. Lasser beantwortet die von Ilintz und Genossen eingebrachte Interpellation, in welcher gefragt wurde, ob die Regierung geneigt sei, jene Verordnung vom 24. Oktober 1860 zu modificiren, mit welcher angeordnet wurde, daß die aus dem Unterthansverbande in Galizien entstandenen Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Unterthanen nicht mehr von der politischen Behörde zu verhandeln seien. Der Minister erklärt, er sei durch a. h. Entschließung vom 26. Mai d. J. ermächtigt, einen auf diesen Gegenstand Bezug nehmenden Gesetzentwurf, welcher die Zuweisung derartiger Streitigkeiten an besondere Urbarialkommissionen zum Ausgangspunkte nimmt, in der nächsten Session des engeren Reichsraths zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen. (Bravo.)

Sektionschef Freiherrr v. Kalchberg: Es ist soeben an mich die Frage gestellt worden, ob die Regierung noch in dieser Session die Vorlage betreff der Wien-Budweis-Pilsener Bahn einzubringen gedenke. Ich bin in der Lage, diese Frage einfach mit „Ja" zu beantworten, muß mir aber die eingehende Beantwortung der in dieser Beziehung an mich gerichteten Interpellationen für eine der späteren Sitzungen vorbehalten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Ausschußbericht über die Neumarkt-Ried-Braunauer Bahn.

Berichterstatter Abg. Groß. Der Ausschuß beantragt die Annahme der Regierungsvorlage mit einigen Abänderungen. Die wesentlichste ist die, daß der Maximaltarif der Westbahn auch auf diese Bahn Anwendung haben soll, während die Regierungsvorlage den Konzessionären das Recht der freien Tarifbestimmung mit der Beschränkung einräumte, daß der Frachtsatz pr. Zentner und Meile 4 kr. ö. W. nicht überschreite.

In der Generaldebatte ergreift Niemand das Wort, weßhalb sogleich zur Spezialdebatte geschritten wird.

Das Gesetz wird nach dem Antrage des Ausschusses ohne Debatte angenommen und sogleich in dritter Lesung endgiltig beschlossen.

Abg. Gschnitzer (für Salzburg) rechtfertigt, daß er für das eben angenommene Eisenbahngesetz stimmte, trotzdem die neue Linie für die Stadt und das Land Salzburg nur nachtheilig sein könne damit, daß er die Sonderinteressen den Reichsinteressen unterordne.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, betreffend das Gesetz über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren und dessen Ueberwachung (Punzirungsgesetz).

Berichterstatter ist Abg. Stamm.

In der Generaldebatte ergreift zuerst

Abg. Winterstein das Wort: Er erinnert, daß schon in der vorigen Session dieses Gesetz Gegenstand der Debatte im Hause war und daß damals das Prinzip (imperativ) festgestellt wurde. Wer das Gesetz liest, wie es der Ausschuß vorlegt, müsse sich überzeugen, daß es die Quelle großer Vexationen für den Gewerbsmann werden könne. Redner wendet sich gegen das Prinzip der imperativen Punzirung und der imperativen Kontrole. Das Gesetz, welches der Ausschuß vorlegt, sei wohl ein Unicum; während ein Paragraph die imperative Punzirung festsetzt, spricht ein anderer die fakultative aus. Es wechseln die beiden Prinzipien in den aufeinander folgenden Paragraphen, Majoritäts- und Minoritätsvoten sind bunt durcheinander geworfen u. s. f. Der Ausschuß habe seine Aufgabe schlecht erfüllt. Niemand im Hause könne sich aus dem vorliegenden Bericht ein klares Bild über die Sachlage machen und deßhalb stelle er den Antrag, den Bericht an den Ausschuß zur nochmaligen Berathung einzelner Paragraphe (welche aufgeführt werden) zurückzuweisen. (Wird unterstützt.)

Abg. Schindler: Er hätte lieber einen Antrag unterstützt, welcher auf Uebergang zur Tagesordnung gelautet hätte. Es sei ein eigenthümliches Ding um dieses Gesetz. Wenn man sich einen Ring um 2 fl. kauft, trete sogleich die Finanzpolizei hinzu, aber eine Leinwand um 80 fl. könne man kaufen, ohne daß sich Jemand darum kümmert, ob man betrogen ist oder nicht. Auch falle der vor Kurzem geschlossene Handelsvertrag in's Gewicht. Wenn man jedem Gewerbsmann freiere Bewegung zugesteht, warum nicht dem Goldarbeiter. Da aber die Sache einmal im Zuge ist, und schon so viel Mühe und Fleiß darauf verwendet wurde, so wolle er sich damit begnügen, den Antrag Winterstein auf das wärmste zu befürworten.

Abg. Hagenauer hält das Gesetz, wie es vorliegt, mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit für unvereinbar. Man halte an dem Prinzipe der Gewerbefreiheit fest und beschränke nicht ein einzelnes Gewerbe und lasse endlich von dem Bevormunden. Deßhalb hätte er jedenfalls gegen das Gesetz gestimmt und deßhalb sei er für den Antrag Winterstein.

Abg. Giskra wundert sich, daß sich so viele Stimmen gegen die fakultative Punzirung erhoben, nachdem im Vorjahre das Haus dieselbe mit großer Majorität angenommen hatte. Er ist gegen die Zurückverweisung an den Ausschuß. §. 1 enthalte das Prinzip, je nachdem der Wortlaut dieses Paragraphes angenommen, werden die anderen Paragraphe zu stylisiren sein. Erst wenn sich Schwierigkeiten in der Textirung ergeben sollten, dann werde es an der Zeit sein, das Gesetz an den Ausschuß zurückzuweisen, und dieser in der Lage je nach dem im §. 1 niedergelegten Prinzipe die anderen einzurichten.

Abg. Winterstein befürwortet nochmals seinen Antrag, weil er es horrend findet, daß man in die Berathung eines Gesetzes eingehe, in welchem kontradiktorische Gegensätze niedergelegt sind.

Abg. Giskra spricht nochmals gegen den Antrag Winterstein. Das Haus folge nicht Autoritäten, sondern Gründen, welche es hört und seiner Ueberzeugung, und es könne daher ganz gut in die Berathung eingehen.

Abg. Pankratz findet aus ähnlichen Motiven keinen Grund zur Zurückweisung.

Der Berichterstatter Stamm spricht sich ebenfalls dagegen aus und rechtfertigt die im Berichte vorkommenden Gegensätze damit, daß der Ausschuß nie vollzählig war; da nun die Majorität des Ausschusses stets aus anderen Mitgliedern bestand, wurde es möglich, daß widersprechende Beschlüsse gefaßt wurden. Das Haus möge im §. 1 das Prinzip feststellen, es werde dann leicht sein, die anderen darnach zu textiren.

Ministerialrath Rosner erinnert daran, daß das Gesetz nicht aus der Initiative der Regierung hervorging, sondern in Folge eines vom Hause ausgesprochenen Wunsches von derselben vorgelegt wurde. Wenn die Zurückweisung nichts anderes bezweckt, als die Rektifizirung einzelner Paragraphe, so sei dagegen nichts einzuwenden, sollte man aber damit die Intention verbinden, den Gegenstand ganz von der Tagesordnung abzubringen, so müßte er dagegen Einsprache erheben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Winterstein abgelehnt, worauf Präsident die Spezialdebatte eröffnete.

Abg. Schindler: Da der Antrag Winterstein abgelehnt wurde, greife er auf seine ursprüngliche Intention zurück und beantrage den Uebergang zur Tagesordnung. Abgesehen vor den widerstreitenden Ansichten, die über das Prinzip des Gesetzes herrschen, müsse man erwägen, daß der Schluß der Session mehr nahe als fern sei und daß noch viele wichtige Gegenstände zu erledigen seien, von denen jeder wichtiger und dringender sei, als das Punzirungsgesetz. (Der Antrag wird unterstützt).

Abg. Pratobevera findet den Antrag Schindler um so ungerechtfertigter, als das Haus eben seinen Entschluß kund gab, in die Berathung einzugehen.

Der Antrag Schindler wird abgelehnt, worauf zur Spezialdebatte geschritten wird.

1. (Gold- und Silberwaaren unterliegen hinsichtlich ihrer Feingehalte der amtlichen Kontrole) enthält das Prinzip der imperativen Kontrole.

Abg. Hagenauer spricht gegen dieses Prinzip. Er sieht darin einen Angriff in die Gewerbefreiheit und frägt, wie der Privatmann dazu komme, daß sein Hab und Gut kontrolirt werde.

Ministerialrath Rosner erklärt dies für ein Mißverständniß. Nicht der Besitzer wird kontrolirt, sondern der Verkäufer.

§. 1 wird mit großer Majorität angenommen.

Die §§. 2 bis incl. 12 werden ohne Debatte angenommen.

§. 13 normirt, daß ausländische importirte Waare, wenn sie das Probezeichen einer ausländischen Behörde tragen, der Kontrolbehandlung und Gebührenentrichtung nicht weiter unterliegen.

Abg. Hagenauer befürchtet, daß damit die Kontrole sehr gefährdet sei, es können Waaren aus Australien eingeführt werden, mit einer Punzirung dortiger Behörden. Wer kann für die Echtheit dieser Punzirung einstehen? Er beantragt, ausländische Waaren wohl der Kontrolebehandlung zu unterziehen, aber von der Gebührenentrichtung zu befreien, damit werde den Intentionen des Gesetzes und des Ausschusses Rechnung getragen (wird unterstützt).

Abg. Pankratz ist gegen den Antrag. Der Gegenstand sei oft so klein, daß man nicht ein Zeichen anbringen könne, wie soll dann für zwei Platz hergenommen werden, für das ausländische und für das inländische? Er hält die zweite Kontrole für überflüssig.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag Hagenauer in der Minorität und wird der Ausschußantrag unverändert angenommen.

§. 14 lautet: Es dürfen nur solche Gold- und Silbergeräthe gefertigt werden, welche keinen geringeren, als den im §. 19 festgesetzten niedersten Feingehalt besitzen.

Abg. Berger beantragt, nach dem Worte Silbergeräthe einzuschalten: „für den Verkehr", da es doch Jedem freistehen muß, sich Geräthe nach seinem Gutdünken anfertigen zu lassen (unterstützt).

Abg. Giskra spricht gegen dieses Amendement. Es werde schwer sein, es zu verhindern, Gegenstände in den Verkehr zu bringen, welche Jemand für sich anfertigen ließ. Hat man einmal das Prinzip angenommen, dann möge man nichts in das Gesetz bringen, was dasselbe illusorisch macht.

Abg. Winterstein ist ebenfalls gegen den Antrag Berger, lediglich aus dem Grunde, weil im §. 1 angenommen wurde, daß die „Verfertigung" der Waaren der Kontrole unterliege. Wer für §. 1 gestimmt hat, könne nicht für den Antrag Berger stimmen.

Abg. Pankratz glaubt, der Verfertigung geringhaltiger Waaren steht nichts im Wege, sie werden nur nicht als Gold- und Silberwaaren, sondern als unedle angesehen oder behandelt. Das Amendement sei also gar nicht nöthig, um Jemand zu ermächtigen, sich Geräthe nach seinem Belieben machen zu lassen.

Der Berichterstatter ist ebenfalls gegen den Antrag Berger worauf §. 14 nach dem Ausschußantrage angenommen wird.

(Diejenigen Paragraphe, in welchen im Ausschußberichte die fakultative Punzirung ausgesprochen ist, werden nach dem Minoritätsvotum (imperativ) angenommen.)

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Aus **Wien**, 27. Mai, schreibt man der „Allg. Ztg.": Geräuschlos, aber stetig, gehen die Maßregeln zur Vorbereitung des ungarischen Landtags vorwärts. Eben jetzt liegt dem Kaiser die Ernennung von neunzehn neuen Obergespänen vor, und die Bedeutung dieses Aktes darf nicht verkannt werden, insofern der — wirkliche — Obergespan nicht bloß einen sehr weitreichenden Einfluß in den Comitatsversammlungen zu üben im Stande ist, sondern als solcher auch Sitz und Stimme an der Magnatentafel hat, der vielleicht vorzugsweise gerade dießmal berufen sein könnte gegen etwaige übergreifende Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ein Gegengewicht im Sinne der Regierung zu bilden. Die Namen der Neuernannten sollen mit großer Umsicht gewählt sein, und durchweg Männern angehören, die in Ungarn gekannt und geachtet sind, zugleich aber den echten politischen Muth haben, nöthigenfalls dem Strom der entfesselten Leidenschaften entgegenzutreten.

Triest, 27. Mai. Mit dem letzten Dampfer aus Dalmatien sind hier mehrere montenegrinische Notabilitäten: der Vizepräsident des Senates Petrovic, der Archimandrit Ducic, der Serdar Kussovatz und die Senatoren Plomenas, Mattanovic, Martinovic und Wukoff hier eingetroffen, um den Fürsten Nikolaus bei seiner Rückkehr aus Wien zu empfangen und auf seiner Weiterreise nach Cettinje zu begleiten. Diese Herren sind über den freundlichen Empfang und die Auszeichnung (sie wissen schon, daß der Fürst das Großkreuz der eisernen Krone erhalten), welche ihrem Fürsten in Wien zu Theil geworden, sehr entzückt, wie überhaupt über die Wiederherstellung der guten Beziehungen zu Oesterreich. Dem Fürsten und seinem so zahlreich angewachsenen Gefolge ist wieder der k. k. Dampfer „Andreas Hofer" für die Reise nach Cattaro zur Verfügung gestellt.

Zwischen Montenegro und der Türkei ist eben wieder eine Differenz in der Grenzregulirung wegen Raslina-Glavica und des Landstriches zwischen dieser Lokalität und der Straße von Metudzik und Srebrena-Glavica entstanden, welche Gebiete die Türken beanspruchen, wärend die Montenegriner dieselben auf Grundlage der Entscheidung der Grenzregulirungs-Kommission zu ihrem Territorium rechnen. Es heißt, der Fürst habe sich die Vermittlung unserer Regierung in dieser Angelegenheit erbeten. (O. D. P.)

Ausland.

Paris. Wie die „Patrie" meldet, hat Oberst de Potier die Armee der mex. Insurgenten, die 3500 Mann stark war, bei Yanicuco vollständig in die Flucht geschlagen. Die Aufständischen haben fünfhundert Mann verloren. Die Verluste der Franzosen waren geringfügig. Die Husaren trugen wesentlich zum Erfolge des Tages bei. Auch das 81. Linien-Regiment und die belgische Kompagnie schlugen sich vorzüglich.

Brüssel, 29. Mai. Ein Tagesbefehl des Kriegsministers bestätigt die finsteren Gerüchte, die betreffs einer Niederlage der belgischen Legion in Mexiko gestern umliefen. Der unglückliche Kampf fiel am 11. d. M. bei Tacamburo unter Major Tydgedt vor, welcher am 16. d. M. seinen Wunden erlag. Noch fielen die Kapitäns Chazal und Delaney nebst fünf Offizieren und 25 bis 30 Soldaten. Weit zahlreicher sind die Verwundeten. Ein Trauergottesdienst ist hier angeordnet.

New-York. Nach genaueren Nachrichten, die nunmehr über die Gefangennahme von Jefferson Davis einlaufen, fand dieses Ereigniß bei Irswinsville, etwa 75 Meilen von Macon am 13. Mai Morgens um 3½ Uhr Statt. Es waren zwei Reiterregimenter, das 4. Michigan- und das 1. Viskonsin-Regiment, die dem flüchtigen Feinde hart auf der Ferse nachfolgten und ihn endlich erreichten. Aus den Berichten der beiden Oberstlieutenants Harden und Pritchard entnimmt man, daß dieser Fang schon früher stattgefunden hätte und noch ergiebiger ausgefallen wäre, wenn nicht die beiden unionistischen Reiterschaaren sich gegenseitig im Dunkel für Feinde gehalten und einander beschossen hätten. Dieses Gewehrfeuer in unmittelbarer Nähe des Lagers gab in demselben den ersten Alarm. Jefferson Davis warf schnell einige Kleider seiner Frau über und eilte in das nahegelegene Holz, und vielleicht wäre es ihm geglückt, Dank dieser Verkleidung, zu entkommen, wenn die Nordsoldaten nicht durch die Stiefel, welche beim Laufen unter dem Weiberrocke zum Vorschein kamen, auf ihn aufmerksam geworden wären. In wenigen Minuten war er eingeholt und von allen Seiten umzingelt. Noch versuchte er sich mit einem Bowiemesser zur Wehre zu setzen, allein die Revolvers, die ihm von allen Seiten entgegengehalten wurden, brachten ihn bald auf andere Gedanken. Er ergab sich, jedoch unter Ausdrücken der tiefsten Entrüstung darüber, daß man ihn mit solcher Wuth verfolgt habe; er hätte geglaubt, die Regierung von Washington sei zu großmüthig, um eine solche Hetzjagd auf Weiber und Kinder anzustellen. Seine Gemalin soll, nachdem ihre erste Aufregung vorüber war, zu Oberstlieutenant Harden gesagt haben, seine Leute würden gut daran thun, den Präsidenten nicht zu reizen, denn er würde sonst einigen eine scharfe Züchtigung zu Theil werden lassen.

Mit Jefferson Davis wurden gefangen seine Frau, seine Schwestern, sein Bruder, der Generalpostdirektor des Südens Regan, der Privatsekretär von Davis Oberst Harrison, sein Adjutant Oberst Johnson, ferner Oberst Morris Sablick und Lieutenant Hathaway, so wie noch verschiedene andere Persönlichkeiten von Bedeutung. Endlich fielen noch fünf Packwagen und drei Ambulancewagen den Unionisten in die Hände. Der unglückliche Zusammenstoß der beiden Regimenter des Nordens hat diesen 2 Todte und 4 Verwundete gekostet.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 1. Juni.

Gestern Abend um 7 Uhr hat auf dem in der Nähe Laibachs gelegenen Schlosse Sonnegg die Vermälungsfeier der Comtesse Angelique Auersperg mit Guido Freiherrn v. Kübeck, k. k. Statthaltereirath und Leiter des Bezirksamtes in Görz, stattgefunden.

— Wie wir vernehmen, hat der Landesausschuß die Bewerbung des Theaterdirektors Böhm in Warasdin um das hiesige Theater für die nächste Saison angenommen.

— Gestern Abend fand im Casinosaale der von dem k. k. Offizierkorps des Regiments Baron v. Gerstner zur Feier der Fahnenweihe veranstaltete Ball Statt. Derselbe war äußerst zahlreich besucht und wahrhaft glänzend. Höchst malerisch und interessant nahmen sich die beiden Holk'schen Jäger aus, welche in vollständiger, der Zeit des dreißigjährigen Krieges entsprechenden Adjustirung als Ehrenwache auf dem Corridor standen.

— Der Preßprozeß der Südbahngesellschaft gegen den Gewerkschafts-Direktor von Sagor Herrn Langer wird erst heute zu Ende gelangen. Gestern sprach der Vertreter der Südbahn, Herr Dr. Vilas aus Wien; heute wird der Vertheidigung das Wort gegeben. Von der Anklage des Druckers der Broschüre, Herrn v. Kleinmayr, wurde abgestanden. Ein sehr zahlreiches Publikum wohnte der Verhandlung bei. Wir bringen einen ausführlichen Bericht darüber.

— Gestern Mittags ist der zweijährige Knabe Ferdinand des Hausmeisters Peuscheg im Laibachflusse ertrunken.

— Der Bauerntumult in Cateš ist beigelegt, die Militärassistenz hat unterwegs Ordre zur Rückkehr erhalten. Großes Verdienst um die Begütigung der Renitenten hat der Gendarmerie-Oberlieutenant Baraga, dessen Zureden die Bauern folgten und sich nach Hause begaben.

— Aus Oberkärnten wird der „Klgf. Z." geschrieben: Wie man erfährt, wird der im vorigen Jahre angefangene Goldbergbau zu Tragin und Gratschenützen im Bezirke Paternion heuer mit ganz besonderem Eifer betrieben und sollen unter Leitung eines russischen Kavaliers bereits 15 Arbeiter beschäftigt sein, während im verflossenen Jahre nur 4 bis 5 Knappen thätig waren.

— Von Herrn Anton Zuppan, Stenographen in Cilli, soll ein neues System der slovenischen Stenographie ausgearbeitet worden sein, welches auf die deutsche Stenographie zwar die gebührende Rücksicht nehme, doch dem Geiste der genannten Sprache gemäß auf Selbstständigkeit Anspruch mache. Der äußern Form nach nähert sich dasselbe mehr dem Stolz'schen Systeme; von dem Gabelsberger'schen System soll nur die Satzkürzung entlehnt sein.

Wiener Nachrichten.

Wien, 31. Mai.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben zur Wiederherstellung der durch eine Feuersbrunst schwer beschädigten Kirche zu Piazzo di Segonzano in Süd-Tirol 100 fl. zu spenden geruht.

— Gestern Mittags fand im großen Saale der Aula die feierliche Jahressitzung der Akademie im Beisein beinahe sämmtlicher inländischer Mitglieder, vieler hochgestellter Gäste und eines sehr zahlreichen Publikums statt. Der Vize-Kurator Staatsminister v. Schmerling eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache. Der Minister hob darin hervor, daß die Akademie, am Vorabend gewaltiger Ereignisse gegründet, jetzt, in einer Zeit, in welcher das politische Leben im Verhältnisse zur Wissenschaft so sehr in den Vordergrund tritt, als Hort der Wissenschaft und als Zufluchtsstätte der freien Forschung sich bewährt habe und hoffentlich den Ruf der Wissenschaft Oesterreichs immer höher erheben werde.

Vermischte Nachrichten.

Vor einigen Tagen verunglückte der k. k. Rittmeister in Pension Wilhelm v. G... unweit Abtenau im Salzkammergute auf eine wahrhaft entsetzliche Weise. Er hatte sich nämlich bei Gelegenheit eines Ausfluges verspätet, und wollte in einer leerstehenden Alpenhütte im Gebirge übernachten. Während des Schlafes wurde die Hütte durch das Feuer, welches er zur Bereitung seines Mahles angezündet, und nicht ausgelöscht hatte in Brand gesteckt, und da er selbst die Thüre fest verschlossen hatte, fand er in der brennenden Hütte seinen Tod. Am anderen Morgen wurde auf der Brandstätte nebst der gänzlich verkohlten Leiche eine blecherne Botanisirbüchse aufgefunden, in welcher die Dokumente und Schriftstücke des Verunglückten eingeschlossen waren.

— Auf der Mur-Insel an der ungarisch-kroatischen Grenze wollte vor wenigen Tagen eine Witwe ihren Besitz unter Kinder, einen Sohn und vier Töchter, theilen. Der Sohn wollte mehr haben als seine Schwestern und da die Mutter dieses nicht zugeben wollte, erschlug er sie mit einem Beile. Und als sie auf den ersten Streich noch ein Lebenszeichen von sich gab, versetzte ihr der Schreckliche noch einen zweiten Hieb in die Brust und machte seine Mutter zur Leiche. Der Mörder wurde der Behörde überantwortet, zeigt aber keine Reue.

— Das „Journal de Bruxelles" erzählt nachstehende Geschichte: Ein alter, unverheirateter Sonderling in Rom machte daselbst sein Testament und hinterließ in demselben seine großen Reichthümer demjenigen Priester, der an seinem Todestage in einer gewissen Kirche die erste Messe lesen würde. Die Erben des Junggesellen rekurrirten gegen diesen Beschluß bei dem Papste, der jedoch die Vollstreckung desselben aufrecht erhielt, da der Erblasser, im vollem Besitze seines Geistes, das Recht hätte, über seine Güter zu verfügen. Den Tag nach dem Tode des reichen Testators begab sich in aller Frühe Pius IX. in die bezeichnete Kirche, las daselbst vor den übrigen Priestern die Messe und wurde so der gesetzliche Erbe der streitigen Reichthümer, die er als solcher den Verwandten des Verstorbenen schenkte.

Rechenschaftsbericht

über den katholischen Gesellenverein.

(Fortsetzung.)

So viel über den Stand unseres Vereins am Schlusse seines zehnten Jahrganges oder ersten Decenniums. Lassen Sie uns nur noch, ehevor wir in das zweite Decennium hinübertreten, einen flüchtigen Rückblick werfen auf die hervorragenderen Momente dieser seiner ersten zehnjährigen Periode.

Zufall mag man es nennen, immerhin war es und es bethätigte sich auch in der Folge genugsam als ein Wink der göttlichen Vorsehung, daß im Winter des Jahres 1845 einige kath. Gesellen in Elberfeld im Begriffe, ein engeres Bündniß untereinander zu schließen, aus ganz freiem Antriebe sich an einen einfachen Kaplan jener Stadt wandten. Es war zu jener Zeit, in welcher mit den Wühlereien Ronge's auf dem religiösen Gebiete im Bunde die Wogen der sozialen und politischen Aufregungen die Dämme der gesellschaftlichen Verhältnisse zu überfluthen anfingen; es war zu jener Zeit, zu welcher die Revolution es vorzugsweise auf den Gesellenstand abgesehen hatte, um durch Erstickung der noch letzten Regungen eines religiösen Bewußtseins zur Durchführung ihrer Pläne denselben gefügiger zu machen. In welcher Weise dieses angestrebt worden, möge darthun folgendes Liedchen, welches, an die Handwerker gerichtet, in jenen Jahren durch die Zeitungen die Runde machte:

Fluch dem Gotte, dem blinden, dem tauben,
Zu dem wir vergebens gebetet im Glauben,
Auf den wir vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns gefoppt, er hat uns genarrt!
Wir weben, wir weben!

Fluch dem schlechten Vaterlande,
In dem unser Elend nur Elend und Schande!
Alt-Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch!
Wir weben, wir weben!

Unter solchen Verhältnissen nun klopfen einige Burschen, gedrängt durch das Bedürfniß nach einem engeren Bündnisse, an die Thür des ihnen nicht näher bekannten Kaplans in Elberfeld, welcher, selbst aus dem Gesellenstande hervorgegangen, die Angelegenheit um so lebhafter auffaßte, je tiefer er mit den Nöthen und Gebrechen des Standes vertraut war, welchem er als Schuster zehn Jahre hindurch angehörte. Es war Kolping — im Munde der Gesellen allgemein „Vater Kolping" — welcher es von nun an für seine Lebensaufgabe erachtete, der Verwirklichung der unter solchen Umständen in ihm wachgerufenen Idee alle seine Kräfte zu weihen; und diese Idee, in den Vereinen zunächst in Elberfeld und bald darnach — in Folge der Uebersetzung Kolpings — im Jahre 1849 in Koln einmal verkörpert, griff um so schneller um sich, je mehr dieselbe den Bedürfnissen der Zeit entsprochen. Und so fanden deren Keime, von Koln aus immer weiter vertragen, überall einen empfänglichen Boden, in Wien im Jahre 1852 nicht minder, als bei uns in Laibach im Winter des Jahres 1854.

Und in der That! Das Wort „Gesellenverein" brauchte nur ausgesprochen und seinem eigentlichen Gehalte nach einigermaßen erschlossen zu werden, um mit einem wahrhaft nicht geahnten Beifall begrüßt und aufgegriffen zu werden, und zwar nicht nur Seitens der Gesellen, auf welche er zunächst anzukommen hatte und welche sich sogleich, ob auch in geringer Anzahl, zu einem engeren Bunde zu sammeln anfingen, sondern nicht minder auch von Seite der geehrten Bewohner unserer Stadt, welche, so viele ihrer nur in dieser Richtung angegangen worden sind, die bereitwilligste Unterstützung der fraglichen Angelegenheit in sichere Aussicht stellten. Da möge es mir nun gegönnt bleiben, mit regem Dankgefühle namentlich zu gedenken jener Herren, welche durch Zeichnung namhafter Beiträge als Gründer im Andenken des Vereins fortzuleben haben. Es betheiligten sich an der Gründung außer dem hochsel. Fürstbischofe Anton Alois Wolf, welcher sogleich 100 fl. zeichnete, mit 25 fl. die Herren: Baumgartner, Eržen, Mühleisen, Šuštaršič und Terpinec; mit 20 fl. die Herren: Landesgerichtspräsident Ritter v. Josch und Domherr Novak; mit 15 fl.: der damalige Leiter des Magistrats Ambrož und Domherr Josef Poklukar; mit 10 fl. die Herren: Holzer, Lukmann, Prof. Metelko, Domherr Johann Poklukar, Schulrath Schlaker, Samassa, Seunik, Frau Schuppentz, die Buchbinder- und die Schlosserlade und mehrere andere Herren aus dem geistlichen und Bürgerstande mit 5 fl. und darunter.

Unter derart günstigen Auspizien konnten mit um so regerem Eifer, welchen aus dem Gewerbestande die Herren Bettge, Czerny, Heidrich, Schreiner und Schwentner insbesondere bethätigten, die weiteren erforderlichen Vorkehrungen behufs der definitiven Eröffnung des Vereins eingeleitet werden, welche denn auch nach von Seite des hohen Landespräsidiums erfolgter Genehmigung der Statuten am 29. April 1855 — am 3. Sonntage nach Ostern in entsprechend feierlicher Weise stattgefunden, — einerseits durch Abhaltung des ersten Vereinsgottesdienstes in der Klosterfrauenkirche, andererseits aber durch eine sehr zahlreiche Festversammlung am Abende im Saale des Deutsch-Ordenshauses, welche durch die Anwesenheit und Ansprache des damaligen Herrn Statthalters, Sr. Exzellenz Grafen von Chorinsky, ausgezeichnet worden war.

Nun einmal ins Leben gerufen konnte der Verein um so kräftiger sich entwickeln, je leichter er seine innere Natur nach Außen zu kehren vermochte, und gewann einen stets festeren Boden in der öffentlichen Meinung ungeachtet der Widersprüche, auf welche er, wie nicht anders zu erwarten stand, hin und wieder stoßen mußte.

Im Herbst des nämlichen Gründungsjahres 1855 mußte das mit der Eröffnung des Vereins bezogene Lokale — Eck der Salendergasse am Rann — geräumt und ein anderes im Fürstenhofe bezogen werden, welches der Verein noch gegenwärtig inne hat. Dieser Umstand veranlaßte abermals eine abendliche Festvorstellung im Hause des deutschen Ritterordens, bei welcher Se. Exzellenz Graf v. Hohenwart den Vereinsgesellen mit eindringlichen Worten die Nothwendigkeit der Sparsamkeit ans Herz legte, und hiedurch den Gedanken anregte zur Errichtung der Vereinssparkasse, in welche seither, mithin im Laufe von 9 Jahren, seitens der Vereinsmitglieder unter der Leitung des Vorstandsstellvertreters Herrn Lésar, Religionsprofessor an der k. k. Oberrealschule, im Ganzen 5735 fl. 9 kr. eingelegt wurden. Die Einlagen bleiben seit Juli 1858 beim Handlungshause C. Mayer gegen 5 pCt. depositirt, welchem der Verein für die gefällige bereitwillige Mühewaltung mit den Verrechnungen u. dgl. zum tiefsten Danke verpflichtet bleibt.

Der nämliche hochgeborne Graf v. Hohenwart war es auch, welcher durch Ueberlassung mehrerer Bücher an den Verein den Grund zur Vereinsbibliothek legte, welche sodann theils durch anderweitige Geschenke, namentlich der Herren: Domh. Jos. Poklukar, Domdechant Zorn, Religionsprof. Jos. Globočnik, Schulrath Schlaker, Oberamts-Direktor Dr. H. Costa, Dr. Klun, Dr. Joh. Bleiweiß und Finanzrath Khern, theils aber durch Ankauf zweckentsprechender Bücher sich alljährlich mehrte und gegenwärtig 652 Nummern zählt. Durch die eifrige Benützung dieser Vereinsbibliothek, sowie auch der dem Vereine zukommenden Zeitschriften von Seite der Mitglieder wird deren intellektuelle Bildung nicht wenig gefördert, wie nicht minder auch durch Ertheilung des Unterrichtes in der Religion, im Gesang und je nach Umständen im Rechnen, Schreiben, Geographie, Welt- und Naturgeschichte, an welchem sich im Laufe der 10 Jahre mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit abwechselnd betheiligten die Herren: Putre, Lésar, Rosman, Direktor an der städtischen Hauptschule zu St. Jakob, Praprotnik Andreas, Urbas, Prof. Melcer und Vonbank, Zupin und Zabukovic, Beamte bei der k. k. Staatsbuchhaltung, Challamel, Khom, Frühling, Trojar, Prof. Konschegg, Kurz v. Goldenstein, Belar und Močnik, welche vier Letzteren gegenwärtig noch im Vereine thätig sind, und zwar Prof. Konschegg seit Beginn des J. 1857, Herr Kurz v. Goldenstein aber seit 1861. (Schluß folgt.)

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramme.

Wien, 1. Juni. Ein königl. Reskript vom 24. Mai enthält die Genehmigung der Wahlordnung für den kroatischen Landtag; ein zweites Reskript vom 27. Mai die Einberufung desselben für den 17. Juli.

Pest, 30. Mai. (N. Fr. Pr.) Die amtliche Anzeige von dem bevorstehenden mehrtägigen Besuche des Kaisers in Pest ist der Statthalterei zugegangen. Die Aufhebung der Ausnahmsgesetze in Ungarn dürfte mit andern Gnadenakten während der Anwesenheit des Kaisers erfolgen.

Der ungarische Landtag wird für Anfang November auf Grund des Wahlgesetzes, das für den 1861er Landtag zur Anwendung kam, einberufen werden. Zuvor wird in den nächsten Tagen der kroatische Landtag ausgeschrieben werden.

Berlin, 30. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm gelegentlich der Petition von Zeitungsredakteuren aus Königsberg auf Antrag der Justizkommission die Resolution an, „daß die Revision des Gesetzes vom 12. Mai 1851 und die Rückgabe politischer und Preßprozesse an die Schwurgerichte dringend geboten sei."

Kiel, 30. Mai. Die hiesige Zeitung vernimmt, die Obercivilbehörde habe die Landesregierung autorisirt, dem preußischen Marineministerium zum Zwecke von Vermessungsarbeiten an der Westküste die vorhandenen Nachrichten bezüglich der geographischen Verhältnisse zur Verfügung zu stellen.

London, 30. Mai. (N. Fr. Pr.) Nachrichten aus New-York vom 21. d. melden: Ein Erlaß des Kriegsministers Stanton erklärt, daß jedes Individuum, welches nach dem 1. Juni jenseits des Mississippi mit Waffen in der Hand betroffen wird, mit dem Tode bestraft wird. Die Neger von Nord-Carolina petitioniren um das Stimmrecht. Jefferson Davis wird der Prozeß vor einem Zivilgerichte gemacht werden. Der im Staatssekretariat aufgefundene Chiffrenschlüssel liefert den Beweis, daß die im Koffer Booth's aufgefundenen Briefe vom Exminister der Konföderation, Benjamin, herrühren.

London, 30. Mai. (N. Fr. Pr.) Dem gegenwärtig in Paris befindlichen Herrn Eloin, Kabinetschef des Kaisers Maximilian von Mexiko, welcher sich über Washington nach Europa begeben hatte, wurde der von ihm beim Präsidenten Johnson nachgesuchte Empfang verweigert.

Kaiser Maximilian befindet sich fortwährend in Orizaba. Man schreibt ihm die Absicht zu, die Krone niederzulegen, wenn die Vereinigten Staaten dem Kaiserreich die Anerkennung zu verweigern fortfahren sollten.

Bukarest, 29. Mai. Der Staatsrath hat beschlossen, daß Herrn Adolf Herz, welcher als Vertreter mehrerer Londoner und Pariser Bankhäuser seit einem Jahre hier verweilte, die Konzession zur Errichtung einer Zettelbank in Bukarest ertheilt werde.

Kundmachung.

Die Handels- und Gewerbekammer für Krain gibt bekannt, daß am 2. Juni l. J., Nachmittags 5 Uhr, im Gemeinderathssaale eine ordentliche Sitzung stattfinden wird.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Lesung der Protokolle über die beiden letzten Sitzungen;
2. Mittheilung des Erlasses des k. k. Handelsministeriums ddo. 3. Mai 1865, Nr. 5586, betreffend die dem k. k. Landes- und Handelsgerichte in Laibach von Seite der Kammer zu gebenden Mittheilungen über die Art und Weise, sowie über den Umfang des Geschäftsbetriebes der Handels- und Gewerbeunternehmungen in Krain;
3. Vortrag des Comité's über die Prüfung der Rechnungen über den Handlungsschulfond;
4. Mittheilung der vom niederösterr. Gewerbe-Vereine in Wien eingesendeten Abschrift, der Eingabe an das k. k. Handelsministerium, bezüglich eines Zoll- und Handelsvertrages mit Rußland und Berathung hierüber;
5. Berathung über die Zuschrift des Comité's der im Jahre 1866 in Graz zu veranstaltenden Industricausstellung;
6. Mittheilung der Zuschrift der k. k. Finanz-Direktion in Laibach, betreffend die Einhebung der Kammer-Umlage;
7. Berathung über die Zuschrift des k. k. Landes- als Handelsgerichtes in Laibach bezüglich der handelsgerichtlichen Protokollirung mehrerer Handels- und Gewerbefirmen in Laibach;
8. Allfällige Separat-Anträge.

Von der Handels- und Gewerbekammer für Krain. Laibach am 29. Mai 1865.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 31. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 72 Ztr. 71 Pfd., Stroh 35 Ztr. 95 Pfd.), 98 Wagen und 7 Schiffe (30 Klafter) mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Metzen fl. —.— (Magazins-Preis fl. 4.15); Korn fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.74); Gerste fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.45); Hafer fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 1.94); Halbfrucht fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.97); Heiden fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.82); Hirse fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.75); Kukurutz fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.87); Erdäpfel fl. 1.70 (Mgz. Pr. fl. —.—); Linsen fl. 4.— (Mgz. Pr. fl. —.—); Erbsen fl. 3.70 (Mgz. Pr. fl. —.—); Fisolen fl. 3.75 (Mgz. Pr. fl. —.—); Rindsschmalz pr. Pfd. kr. 55, Schweineschmalz kr. 42; Speck, frisch kr. 32, detto geräuchert kr. 42; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 1; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—20, Kalbfleisch kr. 16, Schweinefleisch kr. 22, Schöpsenfleisch kr. 12; Hähndel pr. Stück kr. 23, Tauben kr. 12; Heu pr. Ztr. fl. 1.30, Stroh kr. 80; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 7.50, detto weiches fl. 5.30; Wein (Mgz. Pr.) rother pr. Eimer 13 fl., weißer 14 fl.

Neustadtl, 29. Mai.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Metzen fl. 4.50; Korn fl. 2.90; Gerste fl. 2.10; Hafer fl. 1.90; Halbfrucht fl. 3.10; Heiden fl. 2.50; Hirse fl. 2.90; Kukurutz fl. 3.20; Erdäpfel fl. 1.90; Linsen fl. 4.80; Erbsen fl. 4.16; Fisolen fl. 4.20; Rindsschmalz pr. Pfund kr. 40; Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. —; detto geräuchert kr. 35; Butter kr. 45; Eier pr. Stück kr. 1; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 21; Kalbfleisch kr. 24; Schweinefleisch kr. —; Schöpsenfleisch kr. 15; Hähndel pr. Stück kr. 30; Tauben kr. 30; Heu pr. Ztr. fl. 2.—, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, detto weiches fl. —.—; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5.—, detto weißer fl. 4.—.

Verantwortlicher Redakteur: **Ignaz v. Kleinmayr.** Druck und Verlag von **Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg** in Laibach.

Hiezu ein halber Bogen Intelligenzblatt.